

DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN STECKEN IN EINER TIEFEN KRISE

Wie der Perspektivwechsel der amerikanischen Außenpolitik durch die Wirtschaftsturbulenzen beschleunigt wird, referierte der USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik auf einer Podiumsdiskussion beim 131. BBUG. Nach der Präsidentschaftswahl verfasste er diesen Artikel.



Schwaches Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit, enorme Staatsverschuldung und das Damoklesschwert der Ratingagenturen, die damit drohen, die Kreditwürdigkeit der USA weiter herabzustufen: Auch nach den Wahlen vom November 2012 bleiben die USA mit sich selbst beschäftigt. Die wirtschaftliche Schiefelage sowie die innenpolitischen Konflikte zwischen Weißem Haus und Kongress haben die Weltmacht an die Grenzen ihrer politischen Handlungsfähigkeit gebracht. Der globale Hegemon USA kann damit auch in der Außenpolitik künftig nicht mehr die erforderlichen Leistungen wie Sicherheit, freien Handel und eine stabile Leitwährung bieten, sondern wird vielmehr versuchen, die Last globaler Verantwortung auf seine Konkurrenten und Verbündeten

abzuwälzen, sei es über die gezielte Schwächung der amerikanischen Leitwährung, Protektionismus in der Handelspolitik oder Lastenteilung in der Sicherheitspolitik.

Barack Obama hat ein schweres Erbe übernommen: eine miserable wirtschaftliche Lage und leere Haushaltskassen. George W. Bushs Butter-und-Kanonen-Politik, also Steuersenkungen trotz immenser Kriegsausgaben, hatten den Staatshaushalt stark belastet. Hinzu kamen dann auch unter Obamas Führung milliardenschwere Rettungs- und Förderprogramme, um die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit den 30er-Jahren zu beheben.

Bereits das Haushaltsjahr 2008 markierte mit 459 Milliarden Dollar ein Rekorddefizit. 2009 war der Fehlbetrag mehr als dreimal so hoch: 1.413

Milliarden Dollar. In den beiden Folgejahren wurde der Staatshaushalt erneut um jeweils etwa 1.300 Milliarden Dollar überzogen. Auch im vergangenen Haushaltsjahr, das am 30. September 2012 endete, bezifferte sich das Haushaltsdefizit auf über 1.100 Milliarden Dollar.

Da sich Jahr für Jahr weitere Zigmilliarden-Defizite anhäuften, musste die Gesamtschuldenobergrenze, die vom Kongress bereits im Februar 2010 auf 14 Billionen Dollar erhöht worden ist, im Jahr 2011 erneut angehoben werden. Doch spätestens im Sommer 2011, mit den heftigen Auseinandersetzungen um die Anhebung der Schuldenobergrenze, wurde deutlich, dass das politische System blockiert ist. Dass eine solche in der Vergangenheit routinemäßig abgewickelte Aktion dieses Mal zum heftigen po-

.....
Präsident Obama besucht ein Siemens-
Zuliefererwerk für Windturbinen in
Nordamerika. ▶



litischen Streit wurde, verdeutlicht den Ernst der Lage. Selbst die Drohungen der Ratingagenturen, die Kreditwürdigkeit der USA herabzustufen, brachten die politischen Kontrahenten nicht zur Reason. So machte im August 2011 Standard and Poor's seine Ankündigung wahr und stufte die Kreditwürdigkeit der USA von AAA auf AA+ herab.

Nach monatelangem ergebnislosen Tauschen, das die Finanzmärkte in beständiger Unruhe hielt, konnte Präsident Obama Anfang August 2011 zwar dann doch noch den Budget Control Act unterzeichnen. In den nächsten zehn Jahren sollen insgesamt 2.400 Milliarden Dollar eingespart werden. Doch die dafür eingesetzte überparteiliche Gruppe von Abgeordneten und Senatoren scheiterte, bis zum vereinbarten Stichtag, dem 23. November 2011, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, um vorerst 1.500 Milliarden Dollar zu kürzen. Deshalb wird ab dem Jahr 2013 ein automatischer Mechanismus in Kraft treten, der über fast alle Haushaltstitel verteilt, im sozialen wie im militärischen Bereich, Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip durchführen wird.

Wegen der Unfähigkeit der Politik, einen Kompromiss zu finden, stehen die USA gegen Jahresende 2012 also erneut vor dem finanziellen Abgrund: Wenn sich Demokraten und Republikaner bis zum Jahresende nicht doch noch auf einen finanzpolitischen Kompromiss einigen können, drohen Steuerermäßigungen auszulaufen und ab Januar 2013 massive Ausgabenkürzungen – ein doppelter Kaufkraftentzug mit dramatischen Auswirkungen auf die Konjunktur. Zudem muss spätestens im März 2013 die Gesamtschuldengrenze erneut angehoben werden – weitere heftige Auseinandersetzungen zwischen Präsident und Kongress sind vorprogrammiert.

Selbst wenn sich die Kontrahenten auf einen Minimalkompromiss einigen sollten, um nicht die schwächelnde Wirtschaft in die sogenannte Fiskalklippe zu stürzen, werden Präsident Obamas Initi-

ativen, die Wirtschaft nachhaltig anzukurbeln, auch in seiner zweiten Amtszeit weiterhin am Kongress scheitern.

Die wirtschaftliche Schwäche vertieft die ideologischen Gräben zwischen Demokraten und Republikanern. Das verstärkt die Dysfunktionalität und untergräbt die Legitimation des Regierungssystems.

Europa gerät mehr und mehr aus dem Fokus amerikanischer Sicherheitspolitik

Obama hat auch in seiner zweiten Amtszeit sehr wenig Handlungsspielraum, um Abhilfe zu schaffen. Sollte der Präsident versuchen, die Wirtschaft mit kreditfinanzierten Ausgaben anzukurbeln, wird er am Kongress scheitern, denn dort verhindern die libertären, staatsfeindlichen Repräsentanten der republikanischen Tea-Party-Bewegung die Kreditaufnah-



Der Cartoon zeigt Präsident Andrew Jackson, wie er auf dem Höhepunkt der Finanzkrise 1837 einen Esel – das Symbol der Demokratischen Partei – zu bändigen sucht.

me, unterstützt von den fiskalkonservativen Demokraten, den Blue Dogs.

Die Exekutive wird demnach weiterhin in der Exportförderung ihr Heil für mehr Wirtschaftswachstum suchen müssen. Bereits im März 2010 hat Präsident Obama per Exekutivorder (das heißt ohne Mitwir-

ken des Kongresses) die National Export Initiative initiiert. Demnach sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre die amerikanischen Exporte verdoppelt werden.

Anders als sein Vorgänger hat Obama jedoch den Kongress bislang nicht darum gebeten, ihm die sogenannte Trade Promotion Authority (TPA) zu gewähren. Die TPA, wonach der Kongress die vom amerikanischen Präsidenten vorgelegten internationalen Handelsabkommen nur noch als Ganzes, das heißt ohne Änderungsanträge, annehmen oder ablehnen kann, endete bereits in der Amtszeit George W. Bushs, im Juli 2007. Auf der internationalen Bühne wird der amerikanische Präsident aber nur ernst, das heißt als verhandlungsfähig wahrgenommen, wenn er diese Autorität besitzt. Davon wird auch die Verhandlungsmacht des Präsidenten etwa im Rahmen der Doha-Runde der Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation berührt, wo Vereinbarungen ohne Wenn und Aber politisch durchgesetzt werden müssen. Ohne diese Handelsautorität ist auch nicht an umfangreiche Freihandelsinitiativen wie die Transpazifische Partnerschaft (TPP) zu denken – ganz zu schweigen von der in Washington weniger populären deutschen Initiative einer transatlantischen Freihandelszone.

Angesichts der Blockade der politischen Gewalten in der Wirtschafts- und Handelspolitik muss umso mehr Augenmerk auf die Gestaltungsmacht der US-Notenbank gerichtet werden. Um die USA aus ihrer Schuldenfalle zu befreien, kauft die eigene Zentralbank jene Staatsanleihen auf, die über den Markt von ausländischen Investoren nicht mehr bedient werden. Oder sie bewahrt den Finanzsektor vor einer weiteren Kernschmelze, indem sie den Banken die mit Immobilienkrediten besicherten „Wertpapiere“ abnimmt. Die Federal Reserve versucht so, die Wirtschaft mit Liquiditätsspritzen wiederzubeleben. Erfolg oder Misserfolg ihres Handelns werden auch das Wirtschaftswachstum in Europa und in Schwellenländern bestimmen.

Doch indem die Federal Reserve immer mehr Geld druckt – der euphemistische Fachbegriff lautet „quantitative easing“ –, setzt sie die amerikanische Währung weiter unter Druck. Ein schwacher Dollar bietet den USA aber auch Vorteile: Er verringert nicht nur die vom Ausland finanzierte Schuldenlast, sondern hilft außerdem Obama, seine ehrgeizige Exportstrategie umzusetzen. Doch während ein schwacher Greenback die Exportchancen der US-Wirtschaft verbessert, verschlechtert der damit früher oder später aufgewertete Euro die Ausfuhrchancen der europäischen Wirtschaft – gerade auch die von Exportweltmeister Deutschland.

Weitere transatlantische Spannungen sind vorprogrammiert. Die USA sind selbst nicht mehr in der Lage, ihre Wirtschaft mit Förderprogrammen zu stimulieren. Also üben sie Druck auf europäische Staaten aus, um sie dazu zu bewegen, globale Nachfrage zu schaffen, was wiederum mit neuen Schulden finanziert werden soll. Dagegen versuchen die Europäer, allen voran Deutschland, die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen, indem sie ihre Schulden abbauen. Damit wollen sie ihre nationale politische Handlungsfähigkeit aufrechterhalten und auch die europäische Integration retten. Diese grundlegend unterschiedlichen Auffassungen belasten nicht nur die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Deutschland, sondern verändern auch die Machtkonstellationen auf multilateraler Ebene.

Zwar wird in absehbarer Zeit die Militärmacht, die sogenannte harte Macht der USA, unangefochten bleiben, denn kein anderes Land der Welt verfügt über annähernd so viel militärische Schlagkraft wie die Supermacht. Doch diese Ausrüstung ist in den drohenden Währungskriegen wenig hilfreich, ja könnte sogar zu einer schweren Bürde werden. Um den Haushalt zu konsolidieren, müssen die USA ohnehin umfangreiche Einsparungen im Militärbereich vornehmen.

DER AUTOR UND SEIN BUCH

Der amerikanische Patient

WAS DER DROHENDE KOLLAPS DER USA FÜR DIE WELT BEDEUTET



Josef Braml liefert mit diesem wichtigen Buch eine Art wirtschafts- und außenpolitisches Frühwarnsystem und erklärt, was das Wanken Amerikas für den Rest der Welt bedeutet und wie sich Deutschland am besten darauf einstellen kann. Für diese Analyse wurde der Autor Josef Braml auf der diesjährigen Frank-

furter Buchmesse mit dem renommierten International Book Award ausgezeichnet. Zuvor hatte er sich bereits einen Platz auf der Shortlist des Deutschen Wirtschaftsbuchpreises sichern können.

Erschienen ist das Buch 2012 im Siedler Verlag, hat 224 Seiten und kostet 19,99 Euro.

JOSEF BRAML

Dr. Josef Braml, geb. 1968, war Mitarbeiter eines der bedeutendsten amerikanischen Think Tanks, außerdem Projektleiter beim Aspen Institute Berlin, Consultant der Weltbank, legislativer Berater im US-Abgeordnetenhaus und Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Seit 2006 ist er der USA-Experte bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und leitet dort die Redaktion des „Jahrbuchs Internationale Politik“.



Die wirtschaftlichen Probleme der USA haben zudem Auswirkungen auf Sicherheitskooperationen. Washington hat bisher auf die kostspielige Strategie massiver Militärpräsenz gesetzt, um seine Energieressourcen und Handelswege zu sichern. Diese Strategie lässt sich wegen der schlechten sozioökonomischen Verfassung der USA und wegen des schwindenden innenpolitischen Rückhalts nicht länger aufrechterhalten.

Aufgrund dieser Faktoren wandelt sich die US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik. Der Einsatz unbemannter Flugkörper (Drohnen) zur Überwachung, Unterstützung und Bekämpfung feindlicher Ziele, aber auch zur Spionage und Aufklärung hat enorm zugenommen. Die Verlagerung der Kampf- und Aufklärungsarbeit auf Drohnen führt dazu, dass die klassische Luftwaffe an Bedeutung verliert und in diesem Bereich wie auch im Bereich konventioneller Truppen Investitionen massiv zurückgefahren werden.

Bereits als Präsidentschaftsbewerber um die Nachfolge Bushs machte Barack Obama kein Hehl daraus, dass er im Notfall auch ohne Billigung Islamabad und der internationalen Staatengemeinschaft auf dem souveränen Staatsgebiet Pakistans militärische Gewalt gegen Terroristen einsetzen werde. Als Präsi-

dent hat Obama den Einsatz von Raketenangriffen unbemannter Drohnen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet forciert und auf Somalia und Jemen ausgeweitet, zum Teil mit Erfolg, denn es gelang, wichtige Anführer von Al Qaida gezielt zu töten. Washington riskiert damit, die Bevölkerungen dieser Länder gegen sich aufzubringen, Terrorgruppen die Rekrutierung zu erleichtern und diplomatischen Kollateralschaden zu verursachen. Am Ende könnte es mit diesem aus innenpolitischen, weil Kosten sparenden Gründen gleichwohl opportunen Vorgehen gerade jene Alliierten verprellen, mit denen es die Last der globalen Verantwortung teilen möchte, so lautet die eindringliche Warnung langjähriger Sicherheitsberater des amerikanischen Außenministeriums.

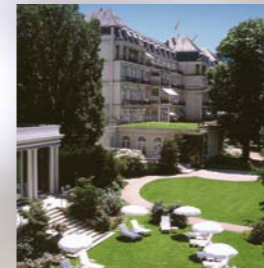
Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA wird sich weiterhin auf Regionen konzentrieren, in denen vitale Sicherheitsinteressen, insbesondere die Energie-Interessen der USA betroffen sind: auf den Mittleren Osten, Afrika und Asien. Der Schwerpunkt amerikanischer Sicherheitspolitik verlagert sich in den Pazifik, um ein Gegengewicht zu dem erstarkenden China aufrechtzuerhalten. Um die wichtigsten Handelsstraßen zu sichern, vereinbarten die USA und Australien eine Sonderbezie-

hung. Ebenso wurden die Beziehungen zu anderen gleichgesinnten Ländern wie Japan und Südkorea auf eine neue Basis gestellt.

Europa gerät zusehends aus dem Fokus amerikanischer Sicherheitspolitik; gleichzeitig wird der Druck auf die europäischen Partner steigen, sich an internationalen Einsätzen zu beteiligen. Ob es den Europäern gelingt, die Worthülsen „Pooling and Sharing“ oder auch „Smart Defence“ mit Inhalten zu füllen, wird Auswirkungen auf die Allianz haben. Denn die USA erwarten, dass die Europäer ihre Rüstungsausgaben besser koordinieren (etwa beim gemeinsamen Einkauf von Rüstungsgütern) und bei der Stabilisierung prekärer Staaten wie Afghanistan mehr Verantwortung übernehmen (zum Beispiel bei der Ausbildung von Polizeieinheiten). Der Libyeneinsatz ist ein Beispiel dafür, dass die Amerikaner künftig nicht mehr in der ersten Reihe stehen werden, wenn es darum geht, der sogenannten Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft gerecht zu werden. Gleichwohl sollte keiner überrascht sein, dass die Weltmacht weiterhin bereit sein wird, gezielt militärische und geheimdienstliche Mittel einzusetzen, falls sie ihre vitalen Interessen bedroht wähnt. ■

One of a kind

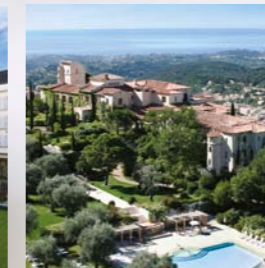
An inspiring collection of masterpiece hotels



BRENNERS
PARK-HOTEL & SPA
BADEN-BADEN · GERMANY



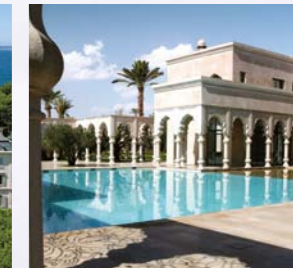
LE BRISTOL
PARIS
PARIS · FRANCE



CHATEAU
SAINT-MARTIN & SPA
VENCE · COTE D'AZUR · FRANCE



HOTEL DU CAP
EDEN-ROC
CAP D'ANTIBES · FRANCE



PALAIS NAMASKAR
(OPENING 2012)
MARRAKECH · MOROCCO

LE BRISTOL ABU DHABI UAE (OPENING 2013)



OETKER COLLECTION

MASTERPIECE HOTELS

www.oetkercollection.com